

**Wechselbedürfnis ohne Aufbruchstimmung**

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 19 vom 23. Januar 2025

## INHALT

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen  
Zeitung Nr. 19 vom 23. Januar 2025, S. 8,  
unter dem Titel:

"Keine Aufbruchstimmung. Mehrheit ohne Zuversicht auf  
einen Politikwechsel nach dem 23. Februar."

## TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A 1	Wunsch nach Regierungswechsel ...
	A 2	... aber kaum Aufbruchstimmung in der Politik
	A 3	Würde sich die eigene Situation durch einen Regierungswechsel verbessern?
	A 4	Wären bestimmte Koalitionen persönlich eher von Vorteil oder von Nachteil?
	A 5	Wahrscheinliche Regierungskoalition
	A 6	Wunschkoalition
	A 7	Die Mehrheit geht von einem Wahlsieg der Union aus
	A 8	Gute Zusammenarbeit? Teil 1
	A 9	Gute Zusammenarbeit? Teil 2
	A 10	Schwarz-Gelb gilt als unwahrscheinlich
	A 11	Erwartungen an eine große Koalition
	A 12	Erwartung der Bürger: Ändern würde sich am wenigsten bei Schwarz-Grün
	A 13	Kurswechsel nach Regierungswechsel?
	A 14	Wo rasche Fortschritte erzielt werden müssten
	A 15	Bei Wirtschaftsfragen wird der CDU/CSU die größte Kompetenz zugesprochen
	A 16	Eigenschaftsprofile der Kanzlerkandidaten
	A 17	Die meisten erwarten, dass sich ihre wirtschaftliche Lage in den nächsten 5 Jahren nicht ändert
	A 18	Wahlabsicht
	A 19	Schnittmengen der Potentiale
	B 1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild	1	Eine Schicksalswahl?
	2	Kaum Aufbruchstimmung
	3	Prioritäten in Bezug auf die Wahl
	4	Hoffnungen auf einen Aufschwung durch den Regierungswechsel – in der Bevölkerung und besonders in der Wirtschaft
	5	Positive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage
	6	Kanzlerpräferenz

**Originalmanuskript**

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

## **Wechselbedürfnis ohne Aufbruchstimmung**

Die Bürger halten einen Regierungswechsel für notwendig, aber bis dato erwächst daraus noch keine Zuversicht auf einen Politikwechsel oder gar Aufbruchstimmung. Zwei Drittel wünschen einen Regierungswechsel, das sind deutlich mehr als bei den vorherigen Wahlen. 38 Prozent sind sogar überzeugt, dass die bevorstehende Wahl eine Schicksalswahl ist, die über die Zukunft des Landes entscheidet. Das sind mehr als bei allen vier vorherigen Bundestagswahlen; lediglich 1998 und 2005 war das Empfinden, vor wahrhaft schicksalhaften Wahlen zu stehen, noch weiter verbreitet. In beiden Fällen kam es zu einem Regierungswechsel zwischen Unionsparteien und SPD. Diesmal rechnen die meisten zwar damit, dass die SPD auch in der nächsten Regierung vertreten ist, aber die Führung der Regierung an die Unionsparteien abgeben muss.

Tabelle A1

Schaubild 1

Aber von einer Aufbruchstimmung ist bisher wenig zu spüren. Auch bei der letzten Wahl, die eine neue, ungewohnte Konstellation

hervorbrachte, hatte nur eine Minderheit der Bevölkerung das Gefühl, dass in Politik und Gesellschaft Aufbruchstimmung herrscht. Obwohl die Koalitionsparteien der Ampel in der Anfangsphase als Modernisierer antraten, hatte in der Bevölkerung nur jeder Vierte den Eindruck, dass in der Politik Aufbruchstimmung herrscht, noch weniger in Bezug auf die Gesellschaft. Jetzt meint jeder Fünfte, Aufbruchstimmung in der Politik zu beobachten, ganze 16 Prozent in Bezug auf die Stimmung im Land.

Tabelle A 2

Schaubild 2

Gleichzeitig machen sich bemerkenswert viele Hoffnung, dass ein Regierungswechsel nicht nur die wirtschaftlichen Perspektiven verbessert, sondern auch ihre eigene Situation. 36 Prozent der Bevölkerung erhoffen sich persönliche Vorteile von einem Wechsel, nur 6 Prozent erwarten Nachteile, knapp jeder Zweite keinerlei Auswirkungen auf die eigene Situation. Interessanterweise macht sich jedoch sofort Ernüchterung breit, wenn nicht allgemein von einem Regierungswechsel gesprochen wird, sondern von einem Wechsel zu einer bestimmten Koalition. Das gilt insbesondere für eine schwarz-grüne Koalition, aber durchaus auch für Schwarz-Rot und Schwarz-Gelb. Von einer schwarz-grünen Koalition erwarten sich gerade einmal 6 Prozent Vorteile, dagegen 27 Prozent Nachteile, von Schwarz-Gelb 14 Prozent Vor- und 22 Prozent Nachteile; auch von Schwarz-Rot – die Konstellation, die die Bevölkerung

Tabelle A 3

Tabelle A 4

zurzeit für die wahrscheinlichste hält – werden mehr Nachteile als Vorteile erwartet.

Tabelle A 5

Sobald mögliche Koalitionen angesprochen werden, wird den Bürgern verstärkt bewusst, dass zumindest ein Partner aus der Ampelkoalition voraussichtlich auch Mitglied der nächsten Regierung sein wird, und dies dämpft Hoffnungen auf einen nachhaltigen Kurswechsel wie auf eine weitgehend reibungslos arbeitende, funktionsfähige Regierung. Das ist den Wählern mit Blick auf die nächste Legislaturperiode jedoch besonders wichtig: Dass die nächste Koalition besser zusammenarbeitet als die Ampelparteien und die Regierung dadurch stabil und funktionsfähig ist. 83 Prozent halten dies für eine entscheidende Voraussetzung für die Chance, die anstehenden Herausforderungen zu meistern. An zweiter Stelle steht der Wunsch, dass die Anliegen, die aus Sicht der Bevölkerung besonders dringlich sind, konsequent angepackt werden.

Schaubild 3

Es gibt jedoch keine Koalition, der von der Mehrheit in dieser Beziehung großes Vertrauen entgegengebracht wird. Die Koalitionswünsche sind fragmentiert: 23 Prozent wünschen sich eine Koalition aus CDU und SPD, 13 Prozent aus CDU und AfD, 13 Prozent eine Wiederauflage von Rot-Grün, 12 Prozent Schwarz-Gelb; alle anderen Konstellationen erscheinen weniger als 10 Prozent der Bürger ideal, am wenigsten Dreierbündnisse. Die

Tabelle A 6

Mehrheit geht von einem Wahlsieg der Unionsparteien aus, aber weitgehend unabhängig von den denkbaren Koalitionspartnern überwiegt die Sorge, dass es auch in der neuen Regierung knirschen wird. Besonders groß sind die Zweifel der Bevölkerung, ob eine schwarz-grüne Koalition gut zusammenarbeiten würde, aber selbst gegenüber einer schwarz-gelben Koalition überwiegen die Zweifel: 29 Prozent der Bevölkerung trauen CDU/CSU und FDP eine weitgehend reibungslose Zusammenarbeit zu, 36 Prozent sind skeptisch. Die Anhänger der Unionsparteien beurteilen die Chancen für eine gute Zusammenarbeit günstiger, aber auch in ihren Reihen gibt es verbreitet Zweifel: 39 Prozent gehen von einer konstruktiven Kooperation aus, 27 Prozent sind skeptisch, jeder Dritte unsicher. Damit wird Schwarz-Gelb jedoch noch am meisten zugetraut. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Koalitionsoption überhaupt realistisch ist, wird aber von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung wie auch der potentiellen Wähler von CDU und FDP zurzeit gering eingeschätzt. Annähernd drei Viertel der Bevölkerung halten dies zurzeit für unwahrscheinlich.

Tabelle A 7

Tabelle A 8

Tabelle A 9

Tabelle A 10

Bei der Konstellation, mit der die meisten rechnen – Schwarz-Rot –, erwarten gerade einmal 23 Prozent der Bürger eine gute Zusammenarbeit, 40 Prozent eher Konflikte; die SPD-Anhänger urteilen hier wesentlich optimistischer als die Anhänger der

Tabelle A 9



Unionsparteien. Immerhin gehen auch viele davon aus, dass sich eine solche Koalition darauf verständigen könnte, die Wirtschaft stärker zu unterstützen und mehr in die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu investieren. Knapp jeder Zweite erwartet dies von einer schwarz-roten Koalition, 39 Prozent auch eine konsequentere Begrenzung der Zuwanderung. Dagegen gehen gerade einmal 8 Prozent der Bürger davon aus, dass eine solche Koalition die Steuerlasten verringern würde; nur jeder Zehnte rechnet mit einem merklichen Bürokratieabbau. Auch auf mehr Investitionen in Bildung und auf bedeutende Reformen hofft nur eine kleine Minderheit. 35 Prozent sind überzeugt, dass eine schwarz-rote Regierung primär Kontinuität bedeuten würde, dass sich insgesamt nicht viel änderte. Interessanterweise wird diese Einschätzung noch verbreiteter in Bezug auf eine Koalition zwischen CDU/CSU und Grünen vorgenommen, am wenigsten in Bezug auf Schwarz-Gelb: 41 Prozent erwarten, dass eine schwarz-grüne Koalition vor allem für Kontinuität stehen würde, bei einer schwarz-gelben Koalition sind davon nur 22 Prozent überzeugt.

Tabelle A 11

Tabelle A 12

Unabhängig von bestimmten Koalitionskonstellationen rechnen zurzeit nur 37 Prozent der Bürger damit, dass sich durch den Regierungswechsel viel ändern wird, während 35 Prozent von Kontinuität ausgehen. Insbesondere die Anhänger von SPD, Grünen, BSW und der Linken setzen darauf, dass es

Tabelle A 13

Tabelle A 13

keinen bedeutenden Kurswechsel geben wird. Gleichzeitig verordnet die Bevölkerung der nächsten Regierung jedoch ein Pflichtenheft, das ohne gravierende Veränderungen und teilweise auch Kurswechsel kaum zu erfüllen ist. So hält die überwältigende Mehrheit rasche Fortschritte nicht nur bei der Stärkung der Wirtschaft und der Steuerung der Zuwanderung für wichtig, sondern auch bei der Sicherung der Renten, der Stabilisierung des Gesundheitssystems, dem Abbau von Bürokratie, der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und der Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur: 84 Prozent halten die Stärkung der Wirtschaft für vordringlich, 78 Prozent die bessere Steuerung der Zuwanderung, 71 Prozent die Sicherung der Renten; alle diese Ziele erfordern tiefgreifende Reformen wie auch der Abbau von Bürokratie. Die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und die dringende Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur kann nur mit enormen Investitionen gelingen, die entweder aus anderen Politikfeldern umverteilt oder durch eine Reform der Schuldenbremse ermöglicht werden könnten. Es gibt in der Bevölkerung wie in der Wirtschaft durchaus eine grundsätzliche Unterstützung für die Begrenzung von Staatsschulden, aber auch die Überzeugung, dass bestimmte Aufgaben des Staates – Bildung, Verteidigung und Infrastruktur – nicht nach Kassenlage gesteuert werden können.

Tabelle A 14

Die Stärkung der Wirtschaft führt die Agenda der Bürger zurzeit an und knapp jeder Zweite geht auch davon aus, dass sich mit dem Regierungswechsel die Chancen auf eine wirtschaftliche Erholung verbessern. Noch größer ist der Optimismus in der Wirtschaft: Bei einer Befragung von Führungskräften aus der Wirtschaft zeigten sich 89 Prozent überzeugt, dass ein Regierungswechsel die Chancen verbessert, dass die Phase der Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft endet. Diese Hoffnung hängt in Wirtschaft wie Bevölkerung an einem Wahlsieg der Unionsparteien; in Bezug auf das Vertrauen in ihre Kompetenz, den Standort zu stärken, haben sie fast ein Alleinstellungsmerkmal. 50 Prozent der Bevölkerung trauen ihnen am ehesten zu, den Standort und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken; auf dem zweiten Rang liegt die SPD mit gerade einmal 9 Prozent; den Grünen wird dies von 4 Prozent zugeschrieben. Diese Diskrepanz prägt auch das Urteil über die Spitzenkandidaten. Die Hälfte der Bevölkerung attestiert Friedrich Merz, dass er viel von Wirtschaft versteht, 12 Prozent Olaf Scholz, 11 Prozent Robert Habeck. Wie stark Wirtschaftsthemen und -kompetenz die Wahl bestimmen, ist jedoch noch offen, da die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung wie auch der Erwerbstätigen von den ökonomischen Problemen nicht unmittelbar betroffen ist und das auf absehbare Zeit auch nicht befürchtet.

Tabelle A 14

Schaubild 4

Tabelle A 15

Tabelle A 16

Schaubild 5

Tabelle A 17

Nicht nur Wirtschaftskompetenz, auch Führungsqualitäten werden dem Kandidaten der Unionsparteien weitaus mehr zugeschrieben als Olaf Scholz und Robert Habeck, während Habeck bei den Sympathien punktet und Olaf Scholz bei Kompromissbereitschaft und Besonnenheit. Aktuell liegt der Oppositionsführer bei der Kanzlerpräferenz weit vor dem Amtsinhaber: 40 Prozent der Bevölkerung präferieren Friedrich Merz, 21 Prozent Olaf Scholz. Die Hoffnungen der SPD, erneut einen so beeindruckenden Umschwung bei den Partei- und Kandidatenpräferenzen zu erreichen wie bei der letzten Bundestagswahl, haben sich bisher nicht erfüllt. Es gibt zwar Anzeichen einer leichten Erholung der Unterstützung für die SPD und bei den Unionsparteien einen begrenzten Rückgang, aber der Abstand ist nach wie vor enorm: 34 Prozent der Wahlberechtigten würden sich zurzeit für die Unionsparteien entscheiden, 17 Prozent für die SPD; zugelegt haben in den letzten Wochen primär die AfD und die Grünen. Das BSW ist schwächer geworden, ihr Einzug in den Bundestag ist zurzeit nicht sicher. Dasselbe gilt für die FDP, die immer noch unter 5 Prozent liegt.

Tabelle A 16

Schaubild 6

Tabelle B 1

Aber die Wahl ist noch nicht entschieden, es gibt immer noch viele unentschlossene Wähler, die zwischen verschiedenen Parteien schwanken. Ihr Anteil hat sich zwar in den letzten Wochen wie vor jeder Wahl verringert;

aber immerhin 37 Prozent der Wahlberechtigten, die sich auch an der Wahl beteiligen wollen, überlegen noch. Viele schwanken zwischen zwei Parteien. Befragt, welche Parteien für sie bei der kommenden Wahl in Betracht kommen, nennen 43 Prozent die CDU/CSU, 27 Prozent die SPD, 21 Prozent die Grünen und 14 Prozent das BSW. Die weiten Potentiale sind damit bei allen signifikant größer als der Kreis, der ihnen zurzeit die Zweitstimme geben würde. Bei der AfD liegen dagegen Potential und derzeitige Wahlabsicht nah beieinander. Die weiten Potentiale überschneiden sich zwangsläufig und darin liegt die Unsicherheit für die Parteien. So kommen für 10 Prozent der Wahlberechtigten sowohl CDU/CSU wie SPD in Betracht, genauso groß ist die Schnittmenge von SPD und Grünen. Die Schnittmenge der Unionsparteien mit der AfD, den Grünen und der FDP beträgt jeweils 6 Prozent – allemal genug, um den letzten Wochen vor der Wahl Spannung zu verleihen.

Tabelle A 18

Tabelle A 19

## UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1015
Befragungszeitraum:	7.01. bis 18.01.2025
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

## **Anhangtabellen**

FRAGE: "Wäre es gut, wenn nach der kommenden Bundestagswahl die Bundesregierung in Berlin wechseln würde, oder wäre es nicht gut?"

	Bevölkerung insgesamt		
	Juli 2017	Juli 2021	Dezember 2024
	%	%	%
Wäre gut.....	43	55	64
Wäre nicht so gut .....	28	16	7
Unentschieden .....	<u>29</u>	<u>29</u>	<u>29</u>
	100	100	100



... aber kaum Aufbruchstimmung in der Politik

Tabelle A 2  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Neulich sagte jemand: ‚Ich habe das Gefühl, dass in der Politik zurzeit eine richtige Aufbruchstimmung herrscht.‘ Haben Sie auch dieses Gefühl, oder finden Sie, von einer Aufbruchstimmung merkt man im Augenblick nicht viel?"

	Bevölkerung insgesamt	
	November 2021	Januar 2025
	%	%
Habe auch dieses Gefühl .....	27	22
Davon merkt man nicht viel .....	57	63
Unentschieden .....	<u>16</u> 100	<u>15</u> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12046, 12098

Würde sich die eigene Situation durch  
einen Regierungswechsel verbessern?

Tabelle A 3  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was würden Sie persönlich von einem Regierungswechsel erwarten?  
Erwarten Sie für sich persönlich eher Vorteile oder eher Nachteile,  
oder erwarten Sie von einem Regierungswechsel keine Auswirkungen  
auf ihre eigene Situation?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Vorteile .....	36
Nachteile.....	6
Erwarte keine Auswirkungen .....	45
Unentschieden.....	<u>13</u>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12098, Januar 2025

Wären bestimmte Koalitionen  
persönlich eher von Vorteil oder von Nachteil?

Tabelle A 4  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Würden Sie persönlich von einer Regierung aus CDU/CSU und den Grünen/der SPD/der FDP eher Vorteile erwarten, oder eher Nachteile oder keine Auswirkungen auf ihre eigene Situation?"

	Bevölkerung insgesamt		
	CDU/CSU mit den Grünen	CDU/CSU mit der SPD	CDU/CSU mit der FDP
	%	%	%
Vorteile .....	6	13	14
Nachteile.....	27	18	22
Keine Auswirkungen.....	38	41	32
Unentschieden, schwer zu sagen.....	<u>29</u>	<u>28</u>	<u>32</u>
	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12097

Wahrscheinliche Regierungskoalition

Tabelle A 5  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was meinen Sie: Welche Parteien werden wohl nach der nächsten Bundestagswahl die Regierung bilden, was ist da Ihrer Ansicht nach am wahrscheinlichsten?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
CDU/CSU und SPD .....	45
CDU/CSU und die Grünen.....	7
CDU/CSU und AfD .....	5
CDU/CSU und FDP .....	5
CDU/CSU, SPD und FDP.....	5
SPD und die Grünen .....	2
AfD und BSW .....	1
SPD, FDP und die Grünen .....	1
CDU/CSU, die Grünen und FDP .....	1
Keine davon, andere Parteien bzw. Koalitionen .....	3
Weiß nicht, keine Angabe.....	26

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12097

Wunschkoalition

Tabelle A 6  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn es nach Ihnen ginge: Welche Parteien sollten nach der Bundestagswahl die Regierung übernehmen? Eine Koalition aus welchen Parteien wünschen Sie sich?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
CDU/CSU und SPD .....	23
CDU/CSU und AfD .....	13
SPD und die Grünen .....	13
CDU/CSU und FDP .....	12
CDU/CSU und die Grünen.....	10
AfD und BSW .....	7
CDU/CSU, SPD und FDP .....	4
SPD, FDP und die Grünen .....	2
CDU/CSU, die Grünen und FDP .....	2
Keine davon, andere Parteien bzw. Koalitionen .....	8
Weiß nicht, keine Angabe.....	16

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12098, Januar 2025

Die Mehrheit geht von einem Wahlsieg der Union aus

Tabelle A 7  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was glauben Sie, wer die kommende Bundestagswahl gewinnt, wer nach der Wahl den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin stellen wird: die CDU/CSU, die SPD oder eine andere Partei?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
CDU/CSU .....	58
SPD .....	4
Andere Partei.....	7
Unmöglich zu sagen .....	30
Keine Angabe .....	$\frac{1}{100}$

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12098, Januar 2025

FRAGE: "Einmal angenommen, nach der nächsten Bundestagswahl käme es zu einer Koalition aus CDU/CSU und den Grünen/der FDP/der SPD: Glauben Sie, die Parteien würden gut zusammenpassen und gut zusammenarbeiten, oder glauben Sie das nicht?"

	Bevölkerung insgesamt		
	CDU/CSU und Grüne	CDU/CSU und FDP	CDU/CSU und SPD
	%	%	%
<u>Parteien würden:</u>			
Gut zusammenpassen/ zusammenarbeiten.....	9	29	23
Glaube ich nicht.....	64	36	40
Unentschieden, schwer zu sagen .....	<u>27</u>	<u>35</u>	<u>37</u>
	100	100	100

Gute Zusammenarbeit? - Teil 2

Tabelle A 9  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Einmal angenommen, nach der nächsten Bundestagswahl käme es zu einer Koalition aus CDU/CSU und der FDP: Glauben Sie, die Parteien würden gut zusammenpassen und gut zusammenarbeiten, oder glauben Sie das nicht?"

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der CDU/CSU
<u>Parteien würden:</u>	%	%
Gut zusammenpassen/ zusammenarbeiten.....	29	39
Glaube ich nicht.....	36	27
Unentschieden, schwer zu sagen .....	<u>35</u>	<u>34</u>
	100	100

FRAGE: "Einmal angenommen, nach der nächsten Bundestagswahl käme es zu einer Koalition aus CDU/CSU und der SPD: Glauben Sie, die Parteien würden gut zusammenpassen und gut zusammenarbeiten, oder glauben Sie das nicht?"

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der -	
<u>Parteien würden:</u>	%	CDU/CSU	SPD
	%	%	%
Gut zusammenpassen/ zusammenarbeiten .....	23	27	33
Glaube ich nicht .....	40	36	22
Unentschieden, schwer zu sagen .....	<u>37</u>	<u>37</u>	<u>45</u>
	100	100	100



Schwarz-Gelb gilt als unwahrscheinlich

Tabelle A 10  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass es nach der nächsten Bundestagswahl zu einer Koalition aus CDU/CSU und FDP kommt? Halten Sie das für ..."

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der -	
		CDU/CSU	FDP
	%	%	%
„sehr wahrscheinlich“ .....	4	4	17
„eher wahrscheinlich“ .....	11	14	5
„eher unwahrscheinlich“ .....	35	34	37
„sehr unwahrscheinlich“ .....	38	36	18
Unentschieden .....	<u>12</u>	<u>12</u>	<u>23</u>
	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12097

Erwartungen an eine große Koalition

Tabelle A 11  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was von dieser Liste würden Sie von einer Koalition aus CDU/CSU und SPD erwarten, womit rechnen Sie für diesen Fall?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Die Wirtschaft wird mehr unterstützt, der Standort gestärkt .....	49
Es wird mehr in die Bundeswehr investiert.....	47
Die Zuwanderung wird stärker begrenzt .....	39
Es wird sich nicht viel ändern.....	35
Sozialleistungen werden gekürzt.....	34
Es wird weniger auf Umwelt- und Klimaschutz geachtet.....	32
Viele Reformen der Ampelkoalition werden zurückgedreht.....	28
Es wird mehr in die Verkehrsinfrastruktur investiert .....	27
Es wird mehr für die innere Sicherheit, für die Bekämpfung der Kriminalität getan .....	24
Es gibt weniger soziale Gerechtigkeit, es wird sozial kälter .....	22
Es werden wichtige Reformen angepackt .....	20
Es wird mehr in Bildung investiert .....	18
Es kommt zu einem Bürokratieabbau .....	10
Die Steuern werden sinken .....	8
Nichts davon .....	8

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12097

Erwartung der Bürger: Ändern würde sich am wenigsten bei Schwarz-Grün

Tabelle A 12  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was von dieser Liste würden Sie von einer Koalition aus CDU/CSU und SPD/ FDP/den Grünen erwarten, womit rechnen Sie in diesem Fall?"

	Bevölkerung insgesamt		
	CDU/CSU und SPD	CDU/CSU und FDP	CDU/CSU und Grüne
	%	%	%
Auszug			
Es wird sich nicht viel ändern .....	35	22	41

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12097

Kurswechsel nach Regierungswechsel?

Tabelle A 13  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Erwarten Sie, dass sich durch einen Regierungswechsel vieles ändert, oder wird wahrscheinlich weitgehend die gleiche Politik gemacht werden wie unter der bisherigen Regierung?"

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der –						
		CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ Grüne	Linke	AfD	BSW
	%	%	%	%	%	%	%	
Vieles ändern .....	37	44	30	41	28	17	44	28
Gleiche Politik .....	35	26	43	31	42	54	34	47
Unentschieden .....	<u>28</u>	<u>30</u>	<u>27</u>	<u>28</u>	<u>30</u>	<u>29</u>	<u>22</u>	<u>25</u>
	100	100	100	100	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12098, Januar 2025

Wo rasche Fortschritte erzielt werden müssten

Tabelle A 14  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Die neue Regierung steht ja vor großen Herausforderungen. Wo ist es Ihrer Meinung nach besonders wichtig, dass rasch Fortschritte erzielt werden?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Stärkung der Wirtschaft .....	84
Bessere Steuerung der Zuwanderung .....	78
Sicherung der Renten.....	71
Stärkung des Gesundheitssystems .....	65
Abbau von Bürokratie .....	64
Stärkung der Bundeswehr, der Verteidigungsfähigkeit.....	59
Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, des Straßen- und Schienennetzes .....	57
Bekämpfung des Arbeitskräftemangels .....	49
Vorantreiben der Digitalisierung .....	38
Mehr Umwelt- und Klimaschutz .....	33
Nichts davon.....	1

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12098

Bei Wirtschaftsfragen wird der CDU/CSU die größte Kompetenz zugesprochen

Tabelle A 15  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
CDU/CSU .....	50
SPD .....	9
AfD .....	8
FDP .....	4
Bündnis 90/Die Grünen .....	4
BSW .....	3
Die Linke.....	1
Anderer Partei .....	2
Keiner Partei.....	7

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12097

Eigenschaftsprofile der Kanzlerkandidaten

Tabelle A 16  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 bzw.17 Jahre

FRAGE: "Hier sind Karten mit Eigenschaften – könnten Sie die einmal kurz durchsehen und mir alle Karten herauslegen, bei denen Sie sagen würden, das trifft auf **Friedrich Merz** zu?"

Auszug	Bevölkerung ab 16 Jahre insgesamt
	%
Energisch, kann sich gut durchsetzen .....	58
Versteht viel von der Wirtschaft .....	50
Sympathisch .....	13
Kompromissbereit .....	11

---

FRAGE: "Welche dieser Eigenschaften haben die Kandidaten, die bei der nächsten Bundestagswahl voraussichtlich zur Wahl stehen?"

Das trifft auf **Olaf Scholz** zu:

Auszug	Bevölkerung ab 17 Jahre insgesamt
	%
Kompromissbereit .....	34
Sympathisch .....	15
Versteht viel von Wirtschaft .....	12
Energisch, kann sich gut durchsetzen .....	8

---

Das trifft auf **Robert Habeck** zu:

Auszug	Bevölkerung ab 17 Jahre insgesamt
	%
Sympathisch .....	29
Ausgleichend, kompromissbereit .....	23
Versteht viel von Wirtschaft .....	11
Energisch, kann sich gut durchsetzen .....	11

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6187, 12096

Die meisten erwarten, dass sich ihre wirtschaftliche Lage in den nächsten 5 Jahren nicht ändert

Tabelle A 17  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 17 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, dass es Ihnen in fünf Jahren wirtschaftlich besser- oder schlechtergehen wird als heute, oder wird es in etwa gleich bleiben?"

	Bevölkerung insgesamt	Erwerbstätige
	%	%
Bessergehen .....	17	20
Schlechtergehen .....	17	15
Wird in etwa gleich bleiben.....	49	47
Unmöglich zu sagen.....	<u>17</u>	<u>18</u>
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6187



FRAGE: "Werden Sie bei der kommenden Bundestagswahl wählen gehen oder nicht?"

Falls: ‚Ja, werde wählen gehen‘

„Sind Sie ganz gewiss?“

Falls: ‚Ja ganz bzw. ziemlich gewiss‘

„Wissen Sie schon genau, für welche Partei Sie bei der

Bundestagswahl stimmen wollen, oder überlegen Sie noch?“

	Wahlberechtigte	
	Dezember 2024 %	Januar 2025 %
Weiß genau, welche Partei .....	51	62
Überlege noch .....	45	37
Keine Angabe.....	<u>4</u>	<u>1</u>
	100	100

FRAGE: "Welche Partei oder welche Parteien kämen für Sie bei der nächsten Bundestagswahl in Frage, welche könnten Sie sich vorstellen zu wählen?"

	Wahlberechtigte insgesamt %
<span style="border: 1px solid black; padding: 2px;">Januar 2025</span>	
CDU/CSU .....	43
SPD .....	27
AfD .....	22
Bündnis 90/Die Grünen .....	21
BSW .....	14
Die Linke .....	7
FDP .....	7
Andere Partei .....	5
Keine Partei.....	2
Unentschieden, weiß nicht .....	9

Schnittmengen der Potentiale

Tabelle A 19  
Bundesrepublik Deutschland  
Wahlberechtigte

FRAGE: "Welche Partei oder welche Parteien kämen für Sie bei der nächsten Bundestagswahl in Frage, welche könnten Sie sich vorstellen zu wählen?"

	Wahlberechtigte insgesamt
	%
CDU/CSU oder SPD .....	10
SPD oder Grüne.....	10
CDU/CSU oder AfD.....	6
CDU/CSU oder Grüne.....	6
CDU/CSU oder FDP.....	6
CDU/CSU oder BSW.....	4
SPD oder Linke .....	3
SPD oder BSW.....	3
CDU/CSU oder Linke .....	2

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12098, Januar 2025

<b>Zweitstimmen</b>		Gesamtdeutschland								
		CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Freie Wähler %	BSW %	Sons- tige %
2016:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>34,0</b>	<b>7,5</b>	<b>23,0</b>	<b>11,0</b>	<b>9,0</b>	<b>11,0</b>	-	-	<b>4,5</b>
2017:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>36,0</b>	<b>9,0</b>	<b>25,0</b>	<b>8,5</b>	<b>8,5</b>	<b>9,0</b>	-	-	<b>4,0</b>
2018:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>31,5</b>	<b>9,5</b>	<b>19,0</b>	<b>13,0</b>	<b>9,5</b>	<b>13,5</b>	-	-	<b>4,0</b>
2019:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>30,0</b>	<b>7,5</b>	<b>16,0</b>	<b>20,5</b>	<b>8,0</b>	<b>13,0</b>	-	-	<b>5,0</b>
2020:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>35,5</b>	<b>6,5</b>	<b>16,0</b>	<b>20,0</b>	<b>7,5</b>	<b>10,0</b>	-	-	<b>4,5</b>
2021:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>28,5</b>	<b>10,5</b>	<b>20,0</b>	<b>19,0</b>	<b>6,5</b>	<b>10,0</b>	-	-	<b>5,5</b>
Bundestagswahl 26.09.2021		24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	-	-	8,7
2022:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>28,0</b>	<b>8,5</b>	<b>23,0</b>	<b>18,5</b>	<b>5,0</b>	<b>11,0</b>	-	-	<b>6,0</b>
2023:	1. Quartal	30,5	6,5	21,5	16,5	4,5	14,5	-	-	6,0
	2. Quartal	31,5	8,0	19,0	15,0	4,5	16,0	-	-	6,0
	3. Quartal	29,5	7,5	19,0	14,5	4,5	18,5	-	-	6,5
	4. Quartal	33,0	5,5	17,0	14,0	3,5	18,5	3,5	-	5,0
	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>31,0</b>	<b>7,0</b>	<b>19,0</b>	<b>15,0</b>	<b>4,0</b>	<b>17,0</b>	<b>1,0</b>	-	<b>6,0</b>
2024:	5. - 18. Januar	34,0	6,0	15,0	13,5	4,0	19,5	3,0	-	5,0
	3. - 15. Februar	32,0	6,0	15,0	14,0	3,0	18,0	-	7,0	5,0
	1. - 14. März	34,0	5,0	15,0	14,0	3,0	16,0	-	7,0	6,0
	5. - 18. April	32,5	6,0	16,0	15,0	3,0	16,0	-	7,0	4,5
	4. - 16. Mai	32,5	6,0	17,5	13,0	3,0	14,0	-	8,0	6,0
	1. - 13. Juni	32,0	6,0	16,0	13,0	3,0	15,0	-	7,0	8,0
	5. - 19. Juli	32,0	6,0	16,5	11,5	-	17,0	-	8,0	9,0
	3. - 15. August	34,0	5,0	16,0	11,5	3,0	16,0	-	7,0	7,5
	29. Aug. - 11. Sept.	35,5	4,0	16,0	10,0	-	17,0	-	9,0	8,5
	28. Sept. - 11. Okt.	36,0	4,5	15,0	10,5	-	16,0	-	9,0	9,0
	2. - 14. November	37,0	4,0	15,0	10,0	-	17,0	-	7,5	9,5
	30. Nov. - 12. Dez.	36,0	4,0	16,0	12,0	-	18,0	-	6,0	8,0
2025:	7. - 19. Januar	34,0	4,0	17,0	13,5	-	20,0	-	5,0	6,5

Befragt wurden in der aktuellen Umfrage persönlich-mündlich insgesamt 1.015 Personen.

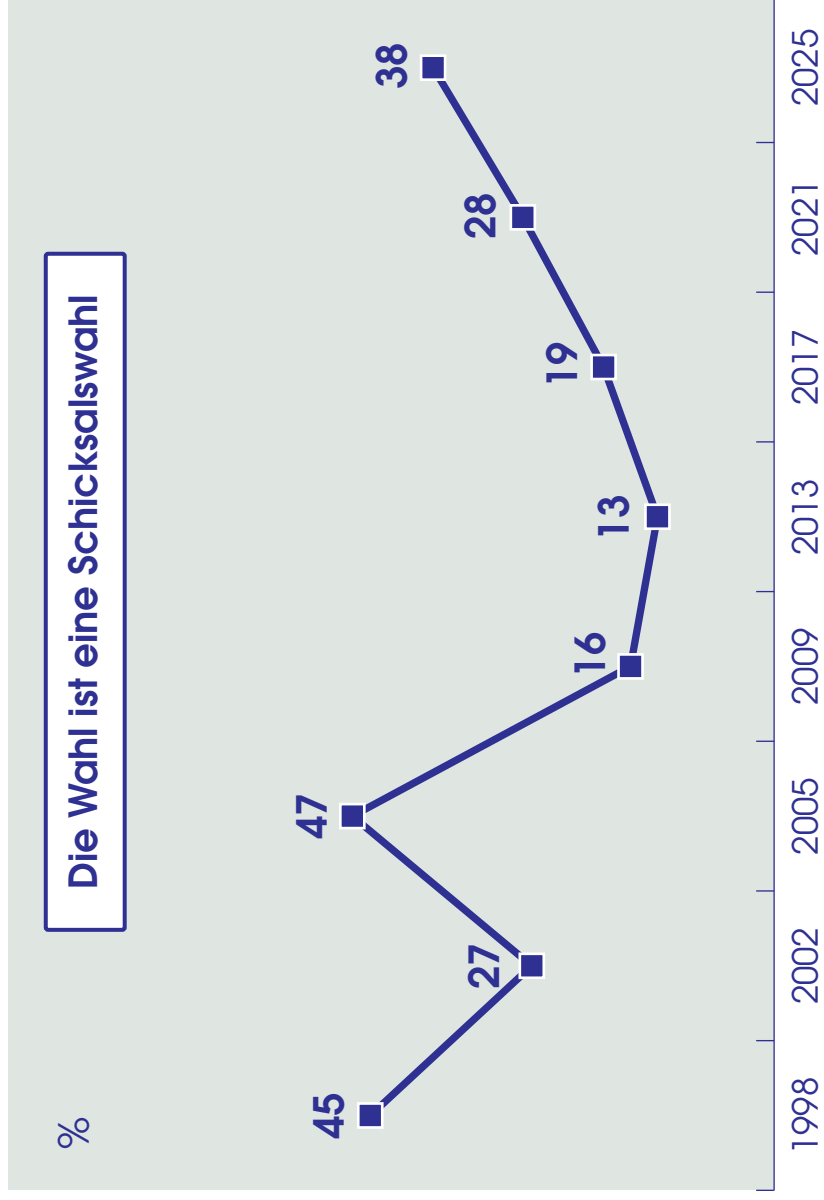
Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, zuletzt IfD-Umfrage 12098

## **Schaubilder**

# Eine Schicksalswahl?

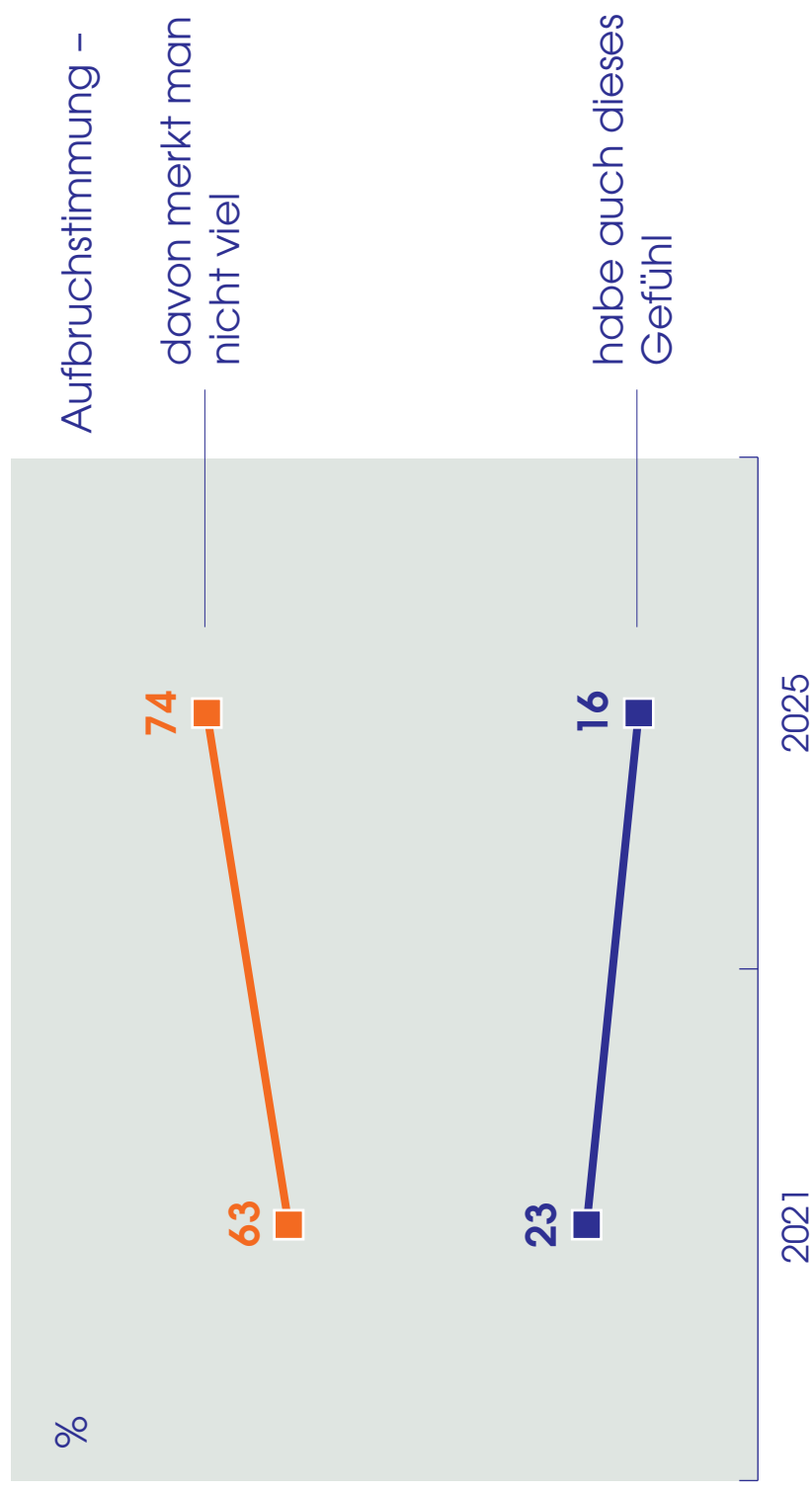
Frage: "Es gibt ja Wahlen, die man als Schicksalswahlen bezeichnen kann, bei denen sich die Zukunft Deutschlands entscheidet. Denken Sie, die kommende Wahl ist eine solche Schicksalswahl, oder glauben Sie das nicht?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12098

# Kaum Aufbruchstimmung

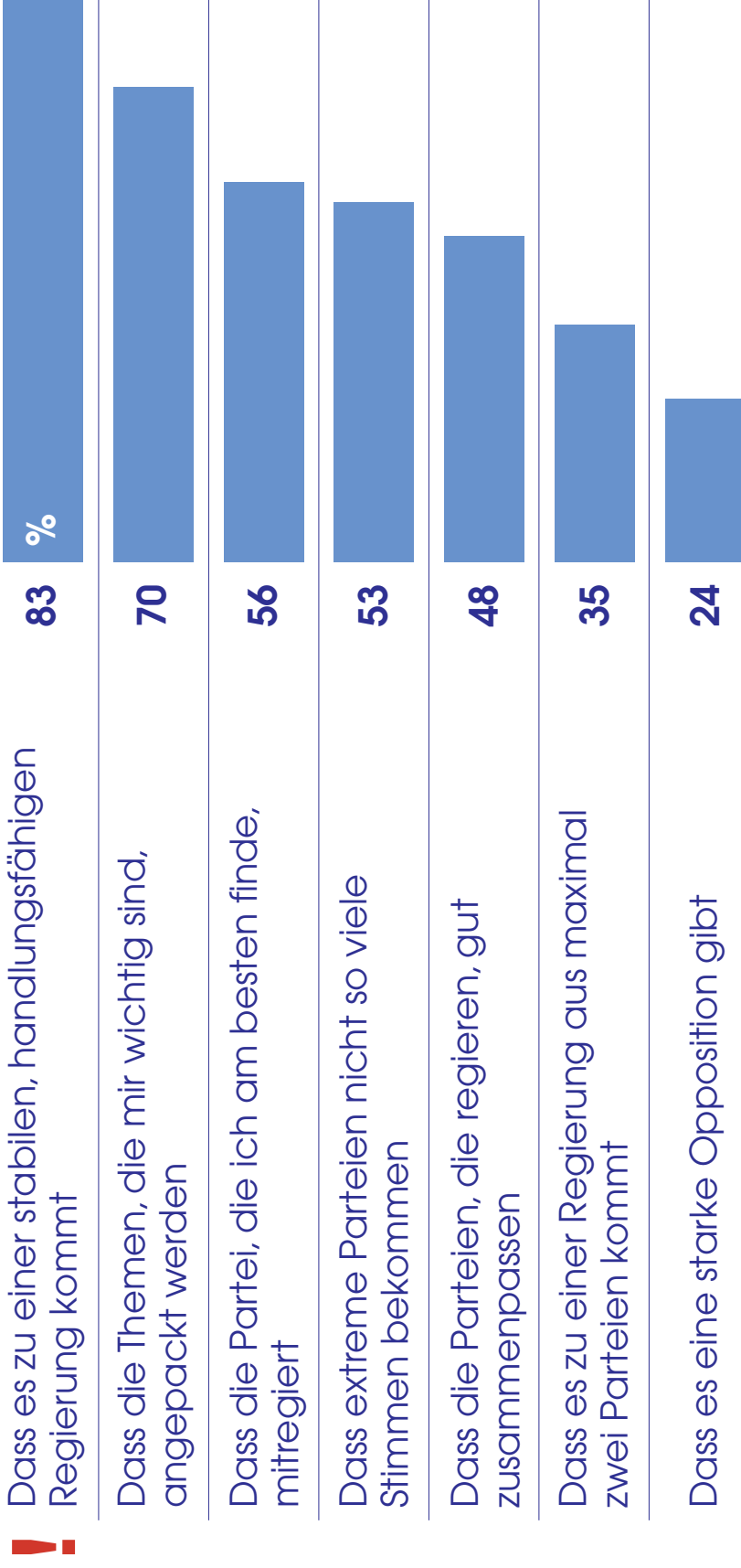
Frage: "Neulich sagte jemand: 'Ich habe das Gefühl, dass in Deutschland zurzeit eine richtige Aufbruchstimmung herrscht.' Haben Sie auch dieses Gefühl, oder finden Sie, von einer Aufbruchstimmung merkt man im Augenblick nicht viel?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12046, 12098

# Prioritäten in Bezug auf die Wahl

Frage: "Was ist Ihnen bei der kommenden Bundestagswahl besonders wichtig?"

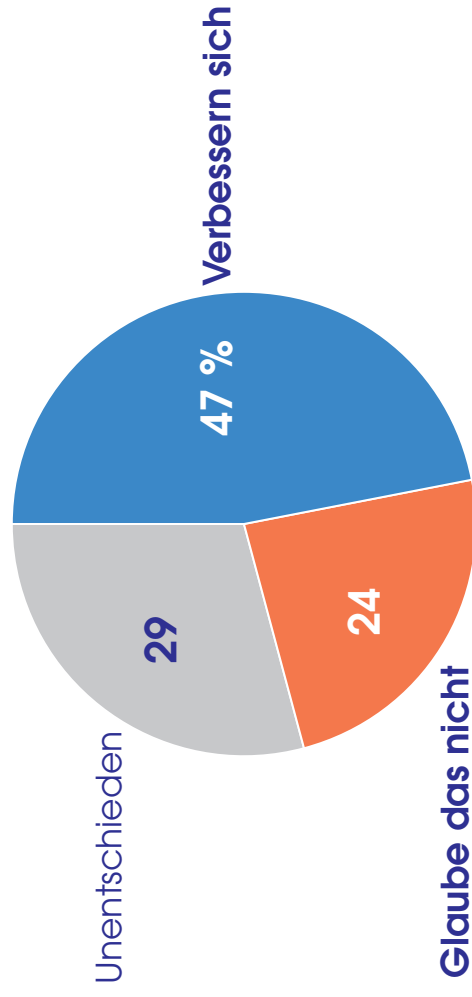


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12098

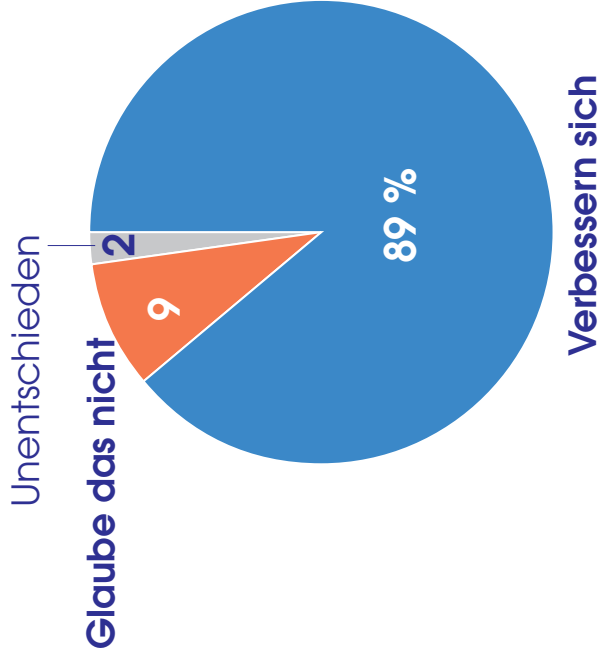
# Hoffnungen auf einen Aufschwung durch den Regierungswechsel – in der Bevölkerung und besonders in der Wirtschaft

Frage: "Glauben Sie, dass sich durch einen Regierungswechsel die Chancen auf eine wirtschaftliche Erholung verbessern, oder glauben Sie das nicht?"

**Bevölkerung  
ab 16 Jahre**



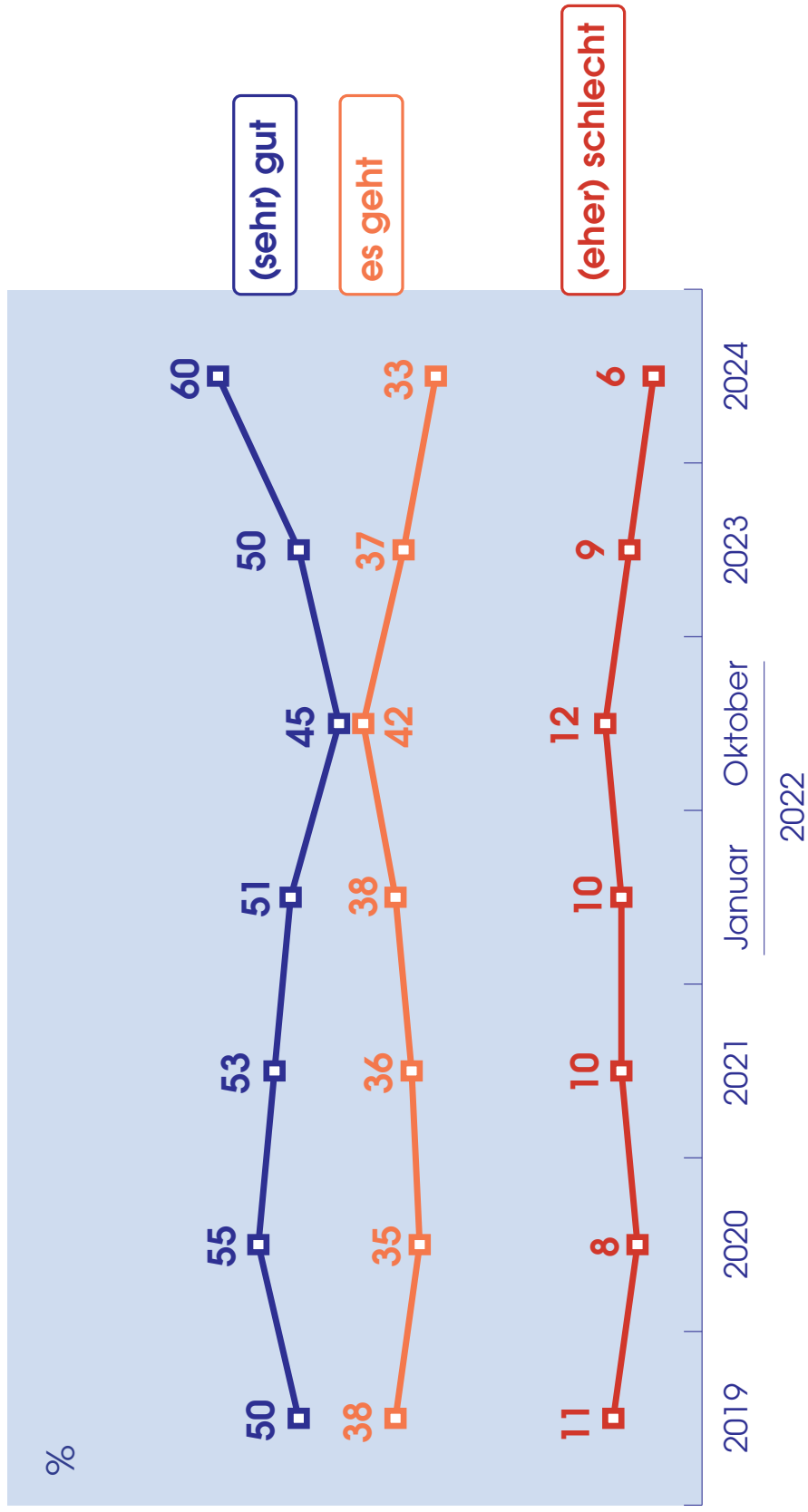
**Führungskräfte  
aus der Wirtschaft**





# Positive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage

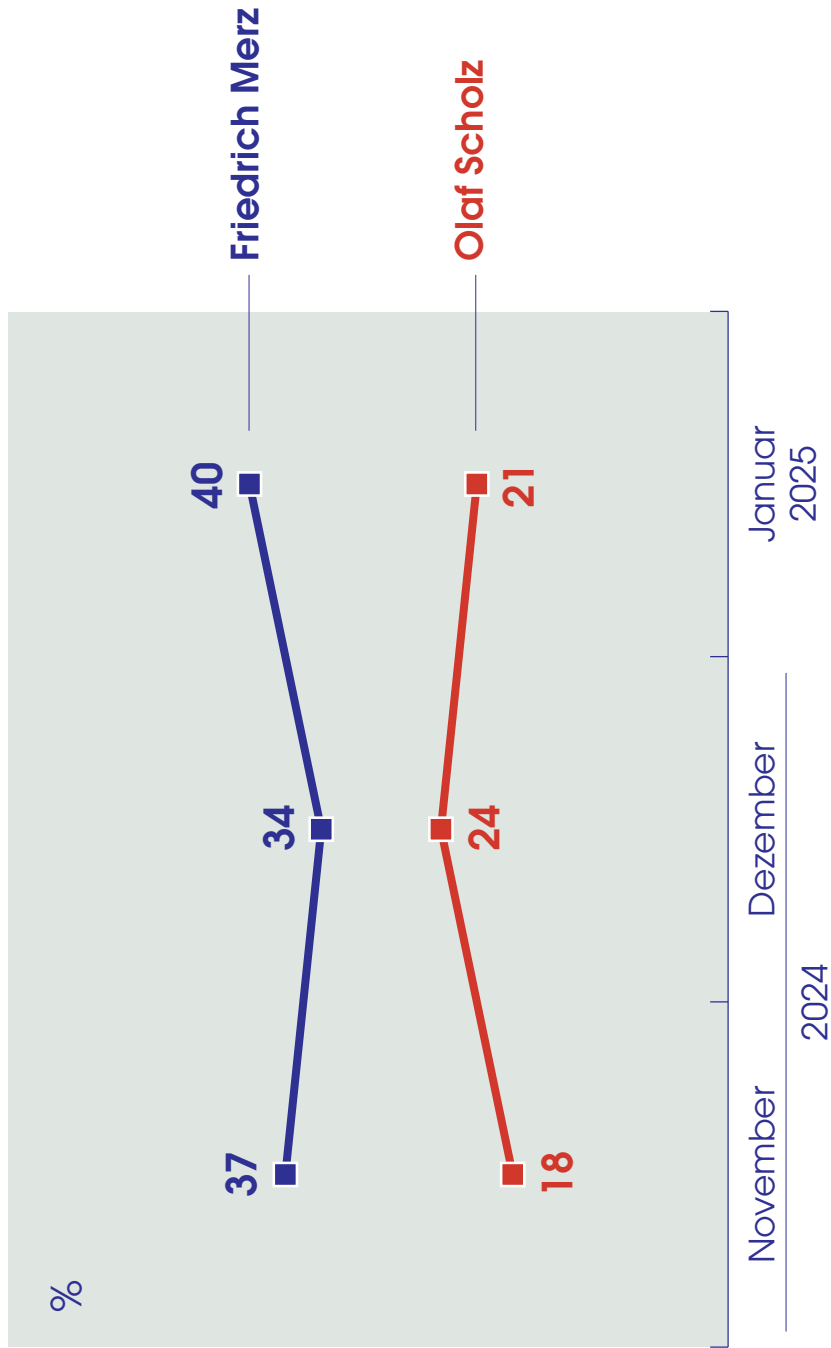
Frage: "Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage? Würden Sie sagen ...!"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12094

# Kanzlerpräferenz

Frage: "Wenn schon am nächsten Sonntag Sonntag Bundestagswahl wäre und für die SPD ist der Spitzenkandidat Olaf Scholz und für die CDU/CSU ist der Spitzenkandidat Friedrich Merz: Wen würden Sie als Bundeskanzler vorziehen, Olaf Scholz oder Friedrich Merz?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12094, 12097, 12098

Veröffentlichung in der  
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 19  
vom 23. Januar 2025, S. 8, unter dem Titel:

"Keine Aufbruchstimmung. Mehrheit ohne Zuversicht  
auf einen Politikwechsel nach dem 23. Februar."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

# Keine Aufbruchstimmung

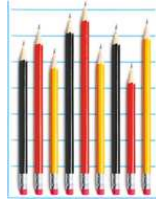
Die Bürger halten einen Regierungswechsel für notwendig, aber bis dato erwächst daraus noch keine Zuversicht auf einen Politikwechsel oder gar Aufbruchstimmung. Zwei Drittel wünschen einen Regierungswechsel, das sind deutlich mehr als bei vorherigen Wahlen. 38 Prozent sind sogar überzeugt, dass diese Wahl eine Schicksalswahl ist, über die Zukunft des Landes entscheidet. Das sind mehr als bei allen vier vorherigen Bundestagswahlen; nur 1998 und 2005 war das Empfinden, vor wahrhaft schicksalhaften Wahlen zu stehen, noch weiter verbreitet. In beiden Fällen kam es zu einem Regierungswechsel zwischen Unionsparteien und SPD. Diesmal rechnen die meisten zwar damit, dass die SPD auch in der nächsten Regierung vertreten ist, aber die Führung der Regierung an die Unionsparteien abgeben muss.

Aber von einer Aufbruchstimmung ist bisher wenig zu spüren. Auch bei der letzten Wahl, die eine ungewohnte Konstellation hervorbrachte, hatte nur eine Minderheit das Gefühl, dass in Politik und Gesellschaft Aufbruchstimmung herrscht. Obwohl die Parteien der Ampel anfangs als Modernisierer antraten, hatte in der Bevölkerung nur jeder Vierte den Eindruck, dass Aufbruchstimmung herrscht. Jetzt meint jeder Fünfte, Aufbruchstimmung in der Politik zu beobachten, ganze 16 Prozent im Bezug auf die Stimmung im Land.

Gleichzeitig machen sich bemerkenswert viele Hoffnungen, dass ein Regierungswechsel nicht nur die wirtschaftlichen Perspektiven verbessert, sondern auch ihre eigene Situation. 36 Prozent erhoffen sich persönliche Vorteile von einem Wechsel, nur sechs Prozent erwarten Nachteile, knapp jeder Zweite keine Auswirkungen auf die eigene Situation. Interessanterweise macht sich jedoch sofort Ernüchterung breit, wenn nicht allgemein von einem Regierungswechsel gesprochen wird, sondern von einem Wechsel zu einer bestimmten Koalition. Das gilt insbesondere für eine schwarz-grüne Koalition, aber auch für Schwarz-Rot und Schwarz-Gelb. Von einer schwarz-grünen Koalition erwarten sich gerade einmal sechs Prozent Vorteile, dagegen 27 Prozent Nachteile, von Schwarz-Gelb 14 Prozent Vor- und 22 Prozent Nachteile; auch von Schwarz-Rot – die Konstellation, die die Bevölkerung für die wahrscheinlichste hält – werden mehr Nachteile als Vorteile erwartet.

Sobald Koalitionen angesprochen werden, wird den Bürgern verstärkt bewusst, dass zumindest ein Partner aus der Ampelkoalition voraussichtlich auch Mitglied der nächsten Regierung sein wird, und dies dämpft Hoffnungen auf einen Kurswechsel wie auf eine reibungslos arbeitende Regierung. Das ist den Wählern jedoch besonders wichtig: dass die nächste Koalition besser zusammenarbeitet als die Ampelparteien und die Regierung dadurch stabil und funktionsfähig ist. 83 Prozent halten dies für eine entscheidende Voraussetzung, um die Herausforderungen zu meistern. An zweiter Stelle steht der Wunsch, dass die Anliegen, die aus Sicht der Bevölkerung besonders dringlich sind, konsequent angepackt werden.

Es gibt jedoch keine Koalition, der von der Mehrheit in dieser Beziehung großes Vertrauen entgegengebracht wird. Die Koalitionswünsche sind fragmentiert: 23 Prozent wünschen sich eine Koalition aus CDU und SPD, 13 Prozent aus CDU und AfD, 13 Prozent eine Wiederauflage von Rot-Grün, 12 Prozent Schwarz-Gelb; alle anderen Konstellationen erscheinen weniger als zehn Prozent der Bürger ideal, am wenigsten Dreierbündnisse. Die Mehrheit rechnet mit einem Wahlsieg der Union, aber unabhängig von den denkbaren Koalitionspartnern überwiegt die Sorge, dass es auch in der neuen Regierung knirschen wird. Besonders groß sind die Zweifel, ob eine schwarz-grüne Koalition gut zusammenarbeiten würde, aber selbst gegenüber einer schwarz-gelben Koalition überwiegen die Zweifel: 29 Prozent trauen CDU/CSU und FDP eine rei-



Mehrheit ohne Zuversicht auf einen Politikwechsel nach dem 23. Februar.

Von Prof. Dr. Renate Köcher  
Institut für Demoskopie  
Allensbach

bungslose Zusammenarbeit zu, 36 Prozent sind skeptisch. Die Anhänger der Union beurteilen die Chancen für eine gute Zusammenarbeit günstiger, aber auch dort gibt es Zweifel: 39 Prozent rechnen mit einer konstruktiven Kooperation, 27 Prozent sind skeptisch. Damit wird Schwarz-Gelb jedoch noch am meisten zugetraut. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Option überhaupt realistisch ist, wird aber von der überwältigenden Mehrheit gering eingeschätzt. Fast drei Viertel halten dies für unwahrscheinlich.

Bei der Konstellation, mit der die meisten rechnen – Schwarz-Rot –, erwarten gerade einmal 23 Prozent der Bürger eine gute Zusammenarbeit, 40 Prozent eher Konflikte; die SPD-Anhänger urteilen hier wesentlich optimistischer als die Anhänger der Union. Immerhin rechnen auch viele damit, dass sich eine solche Koalition darauf verständigen könnte, die Wirtschaft stärker zu unterstützen und mehr in die Verteidigungsfähigkeit zu investieren. Knapp jeder Zweite erwartet dies von einer schwarz-roten Koalition, 39 Prozent auch eine konsequentere Begrenzung der Zuwanderung. Dagegen gehen

gerade einmal acht Prozent davon aus, dass eine solche Koalition die Steuerlasten verringern würde; nur jeder Zehnte rechnet mit einem merklichen Bürokratieabbau. 35 Prozent sind überzeugt, dass Schwarz-Rot bedeuten würde, dass sich nicht viel ändere. Interessanterweise wird diese Einschätzung noch verbreiteter im Blick auf eine schwarz-grüne Koalition vorgenommen, am wenigsten in Bezug auf Schwarz-Gelb: 41 Prozent erwarten, dass eine schwarz-grüne Koalition vor allem für Kontinuität stehen würde, bei Schwarz-Gelb sind davon nur 22 Prozent überzeugt. Unabhängig von bestimmten Koalitionskonstellationen rechnen zurzeit nur 37 Prozent damit, dass sich durch den Regierungswechsel viel ändern wird, während 35 Prozent von Kontinuität ausgehen. Insbesondere die Anhänger von SPD, Grünen, BSW und der Linken setzen darauf, dass es keinen bedeutenden Kurswechsel geben wird. Gleichzeitig verordnet die Bevölkerung der nächsten Regierung jedoch ein Pflichtenheft, das ohne gravierende Veränderungen kaum zu erfüllen ist. So hält die überwältigende Mehrheit rasche Fortschritte nicht nur bei

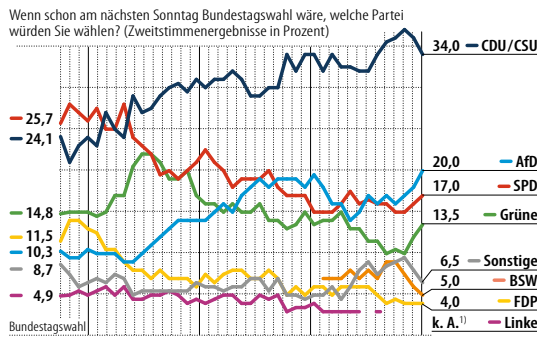
der Stärkung der Wirtschaft und der Steuerung der Zuwanderung für wichtig, sondern auch bei der Sicherung der Renten, der Stabilisierung des Gesundheitssystems, dem Abbau von Bürokratie, der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und der Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur: 84 Prozent halten die Stärkung der Wirtschaft für vordringlich, 78 Prozent die bessere Steuerung der Zuwanderung, 71 Prozent die Sicherung der Renten; alle diese Ziele erfordern tiefgreifende Reformen wie auch der Abbau von Bürokratie. Die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur können nur mit enormen Investitionen gelingen, die entweder aus anderen Politikfeldern umverteilt oder durch eine Reform der Schuldenbremse ermöglicht werden könnten. Es gibt in der Bevölkerung wie in der Wirtschaft eine grundsätzliche Unterstützung für die Begrenzung von Staatsschulden, aber auch die Überzeugung, dass bestimmte Aufgaben des Staates nicht nach Kassenlage gesteuert werden können.

Die Stärkung der Wirtschaft führt die Agenda der Bürger zurzeit an, und knapp jeder Zweite rechnet auch damit, dass sich mit dem Regierungswechsel die Chancen auf eine wirtschaftliche Erholung verbessern. Noch größer ist der Optimismus in der Wirtschaft: Bei einer Befragung von Führungskräften zeigten sich 89 Prozent überzeugt, dass ein Regierungswechsel die Chancen verbessert, dass die Phase der Wachstumsschwäche endet. Diese Hoffnung hängt in Wirtschaft wie Bevölkerung an einem Wahlsieg der Union; in Bezug auf das Vertrauen in ihre Kompetenz, den Standort zu stärken, hat sie fast ein Alleinstellungsmerkmal. 50 Prozent trauen ihr am ehesten zu, den Standort und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken; auf dem zweiten Rang liegt die SPD mit neun Prozent vor den Grünen mit vier Prozent. Diese Diskrepanz prägt auch das Urteil über die Spitzenkandidaten. Die Hälfte der Bevölkerung attestiert Friedrich Merz, dass er viel von Wirtschaft versteht, zwölf Prozent Olaf Scholz, elf Prozent Robert Habeck. Wie stark Wirtschaftsthemen und -kompetenz die Wahl bestimmen, ist jedoch noch offen, da die überwältigende Mehrheit von den ökonomischen Problemen nicht unmittelbar betroffen ist und das bislang auch nicht befürchtet.

Nicht nur Wirtschaftskompetenz, auch Führungsqualitäten werden Merz weitaus mehr zugeschrieben als Scholz und Habeck. Der Oppositionsführer liegt bei der Kanzlerpräferenz weit vor dem Amtsinhaber: 40 Prozent präferieren Merz, 21 Prozent Scholz. Die Hoffnungen der SPD, erneut einen Umschwung zu erreichen wie 2021, haben sich bisher nicht erfüllt. Es gibt zwar Anzeichen einer leichten Erholung für die SPD und bei den Unionsparteien einen begrenzten Rückgang, aber der Abstand ist nach wie vor enorm: 34 Prozent würden sich zurzeit für CDU/CSU entscheiden, 17 Prozent für die SPD.

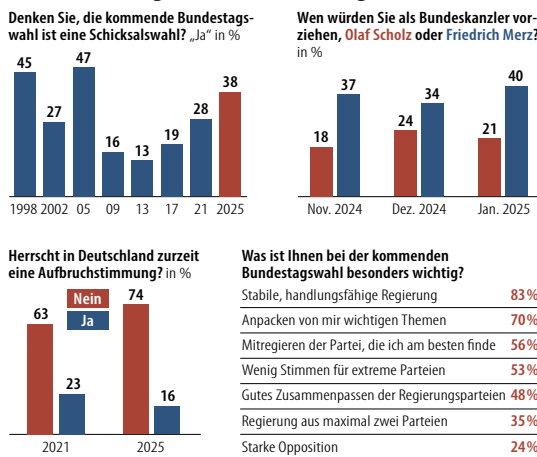
Aber die Wahl ist noch nicht entschieden, es gibt immer noch viele unentschlossene Wähler. Ihr Anteil hat sich zwar wie vor jeder Wahl verringert; aber immerhin 37 Prozent der Wahlberechtigten, die sich auch an der Wahl beteiligen wollen, überlegen noch. Viele schwanken zwischen zwei Parteien. Befragt, welche Parteien für sie infrage kommen, nennen 43 Prozent die CDU/CSU, 27 Prozent die SPD, 21 Prozent die Grünen und 14 Prozent das BSW. Die weiten Potentiale sind damit bei allen signifikant größer als der Kreis, der ihnen zurzeit die Zweitstimme geben würde. Bei der AfD liegen dagegen Potential und Wahlabsicht nah beieinander. Die weiten Potentiale überschneiden sich, und darin liegt die Unsicherheit für die Parteien. So kommen für zehn Prozent sowohl CDU/CSU wie SPD in Betracht, genauso groß ist die Schnittmenge von SPD und Grünen. Die Schnittmenge der Unionsparteien mit der AfD, den Grünen und der FDP beträgt je sechs Prozent – allemal genug, um den letzten Wochen vor der Wahl Spannung zu verleihen.

## Die Stärke der Parteien



1) Die Grenze für die Ausweisung von Parteien liegt bei einem Anteilswert von 3 Prozent. Die Linke erreicht diesen Wert nicht mehr. Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, jüngste Umfrage: 7.1. bis 19.1. 2025, 1015 Befragte, gerundete Angaben / F.A.Z.-Grafik: swa.

## Die Stimmung vor der Bundestagswahl



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach / F.A.Z.-Grafik: swa.